

Die Wifag-Gruppe mit der notleidenden Berner Maschinenfabrik gehört einer Stiftung. Das macht Sanierungsoptionen möglich, die nicht auf kurzfristigen Aktionär-Profit möglich.



Derzeit herrscht am Berner Wifag-Sitz Ungewissheit über die eigene Zukunft. (Keystone)

Richard Aschinger 19.11.2009

Noch in diesem Jahr sollen weit reichende Entscheide fallen: Im Vordergrund stehen Optionen, die eingebrochene Produktion von Zeitungsdruckmaschinen in der Konzerntochter [Wifag Maschinenfabrik AG](#) im Berner Wylerquartier in Partnerschaft mit einem ausländischen Hersteller zu betreiben oder zu verkaufen. Sondierungen hätten von verschiedensten Seiten «interessante Perspektiven» aufgezeigt, sagt der Präsident des Gruppen-Verwaltungsrates, Ulrich Zimmerli. Er sei froh, dass das Unternehmen mit der Ursula-Wirz-Stiftung eine Mehrheitsbesitzerin habe (über 90 Prozent der Aktien), die nicht kurzfristige Gewinne erwarte.

In den vergangenen zehn Jahren hatte die weltweit renommierte Wifag-Maschinenfabrik in aller Stille Verluste von insgesamt rund 100 Millionen Franken eingefahren. Diese wurden jahrelang von der damaligen Eigentümerin Ursula Wirz ausgeglichen. 2008 liess der Einbruch der globalen Wirtschaft in Kombination mit der Strukturkrise der Zeitungsbranche die Umsätze bei den Rotationsdruckmaschinen um die Hälfte absacken. Im Mai gab das Unternehmen den Abbau von 90 der 650 Stellen bekannt. Mitte Oktober zog man aufgrund einer drastischen Situationsanalyse der Beraterfirma Roland Berger die Notbremse: Bis Mitte 2010 sollen am Standort Bern weitere 300 Stellen wegfallen. In den nächsten Tagen müssen Mitarbeiter mit Kündigungen rechnen.

Kurz vor ihrem Tod im Sommer 2007 hatte die Wifag-Eigentümerin ihr gesamtes Vermögen in die Ursula-Wirz-Stiftung eingebracht. Stiftungsratspräsident ist der vormalige Unternehmensleiter Götz Stein, der die Krise des Unternehmens mitverantwortet und weiterhin auch im Verwaltungsrat der Gruppe sitzt. Unter normalen Umständen, sagt Stein, sei diese Doppelfunktion unproblematisch. Unter den heutigen sei die Situation zwar rechtlich nicht ausgeschlossen, aber praktisch «nicht mehr so einfach».

Mehrere 100 Millionen Vermögen

Die Stiftung enthält Werte von mehreren 100 Millionen Franken. Auf der Basis des heute markant reduzierten Werts der Wifag-Aktien nennt Stein die Grössenordnung einer Viertelmilliarde Franken. Andere Quellen schätzen das Stiftungsvermögen höher, auf gegen eine halbe Milliarde.

Die steuerbefreite Stiftung hat vier ausschliesslich gemeinnützige Zwecke:

- Sozialleistungen insbesondere im Umfeld der Wifag-Firmen; konkret sind Härtefall-Beiträge an entlassene Mitarbeiter der Maschinenfabrik möglich.
- Forschungsbeiträge im Bereich der Drucktechnik; konkret ist die Rede von Projekten der ETH und von Fachhochschulen. Kommerzielle Forschung der Wifag-Unternehmung kann die Stiftung nicht bezahlen.
- Beiträge an kulturelle Veranstaltungen und Projekte.
- Beiträge an humanitäre Projekte.

Ganz klar sei, sagen Stein und Zimmerli, dass aus dem Stiftungsvermögen kein Geld in die Wifag fliessen könne.

Trotzdem kann die Ursula-Wirz-Stiftung im Sanierungsprozess als Grossmehrheitsaktionärin eine entscheidende Rolle spielen. Der Stiftungsrat, sagt Zimmerli, sei faktisch die Generalversammlung des Wifag-Konzerns.

Neben Götz Stein sitzen im Stiftungsrat unter anderen die Berner Professoren Hans Peter Walter (Wirtschaftsrecht) und Christoph Schäublin (Historiker und ehemaliger Rektor der Universität). Geschäftsführer ist der Berner Notar Rudolf Buri.

Als Revisionsstelle für die Stiftung und für die Wifag ist das Unternehmen Ernst & Young tätig. Der Stiftungsratspräsident sieht in dieser Doppelfunktion kein Problem.

Für eine Sanierung kommen zwei Partnerkategorien in Frage:

- Industrieunternehmen aus der Druckmaschinen- oder benachbarten Maschinenbaubranche, die mit der Wifag ihre Produktions- und Vertriebsstrategie verbessern wollen: Konkurrenten im High-Tech-Druckmaschinenbau in Deutschland oder Konzerne in Indien oder China, die ihren Einstieg in den europäischen und US-Markt erleichtern möchten.
- Private-Equity-Investoren, die die Maschinenfabrik Wifag zu einem heute günstigen Preis übernehmen und später mit Gewinn verkaufen könnten. Das dementierte Gerücht, die Beteiligungsgesellschaft der Familie Blocher habe Interesse gezeigt («Bund» vom 12. November), ist nicht vom Tisch.

Im Moment laufen Prüfverfahren nach den Spielregeln für Übernahmen und Fusionen. Analysiert werden der Wert der Maschinenfabrik Wifag AG und der konkrete Inhalt der Angebote. Alle Offerten würden geprüft, sagt VR-Präsident Zimmerli. Noch in diesem Jahr soll ein Entscheid fallen.

Nur mit Arbeitsplatzgarantie

Aus Sicht der Mitarbeiter und des Wirtschaftsstandorts Bern ist entscheidend, mit welcher Lösung wie viele und welche Arbeitsplätze gesichert werden können. Wenn eine Partnerschaft nur um den Preis zu haben sein sollte, dass die meisten Arbeitsplätze nach Deutschland oder Asien verschwänden, wäre es nach Ansicht von Beobachtern sinnvoller, aus der Produktion von Rotationsdruckmaschinen auszusteigen. Aus dem Stiftungsvermögen könnten Härtefälle abgedeckt und auf dem Wirtschaftsstandort Bern Arbeitsplätze in der Forschung geschaffen werden. (Der Bund)

Erstellt: 19.11.2009, 10:03 Uhr